



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886 090

2/XIII/43 - 22. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Noch sind Millionen Menschen ohne Wohnungen Neue Initiative der SED auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaues Von Dr. Julius Erecht, MdB.	101
4 - 5	Arabien auf dem Wege zur Einheit? Historischer Hintergrund und politische Wirklichkeit	79
6	Ausdruck des schlechten Gewissens Zur Grossen Anfrage der CDU	34
7	Verzweifelter SED-Kampf gegen Ullrichs Gegner Eurcht vor einem neuen 17. Juni	48

* * * * *

Noch sind Millionen Menschen ohne Wohnungen

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Kunmehr hat die SPD-Fraktion des Bundestages auch die gesetzliche Initiative auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues ergriffen. Für die Praxis des sozialen Wohnungsbaues kommt es bekanntlich nicht so sehr auf das noch lange nicht verabschiedete und sehr umstrittene Bundesbaugesetz an, sondern auf die gesetzlichen Bestimmungen im Wohnungsbaugesetz. Der zweite Bundestag hat das früher unter massgeblicher Mitarbeit und auf Initiative der SPD zustande gekommene Erste Wohnungsbaugesetz ganz erheblich geändert und ihm eine andere Tendenz gegeben. Das Zweite Wohnungsbaugesetz ist in sehr vielen Teilen, insbesondere in der Praxis, umstritten. Nun hat die SPD-Fraktion in einem Antrag ein formuliertes Änderungsgesetz eingebracht, das sich allerdings auf drei grundsätzliche Punkte beschränkt. Die SPD hält diese drei Punkte für die vorrangigsten, während für einige weitere Änderungen noch Überlegungen anzustellen sind.

Verminderte Bundeszuschüsse

Der erste Punkt betrifft die Tatsache, die in der Öffentlichkeit vielfach übersehen wird, dass das Zweite Wohnungsbaugesetz die für den sozialen Wohnungsbau bestimmten Mittel des Bundeshaushaltes schon von 1958 an jährlich vermindert. Bereits in diesem Jahr werden 70 Millionen DM öffentliche Mittel für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau weniger gegeben, wodurch zweifellos das Volumen des sozialen Wohnungsbaues bedroht ist. Das soll sich von Jahr zu Jahr wiederholen und steigern, bis nach zehn Jahren gar nichts mehr gegeben wird. Demgegenüber haben die Ergebnisse der Wohnungszählung Ende 1956 bewiesen, dass wir nach wie vor noch unter einer sehr erheblichen Wohnungsnot zu leiden haben und dass noch keineswegs von der Ende des Wohnungsmangels gesprochen werden kann. Auch der Bundeswohnungsbauminister hat mehrfach eindeutig erklärt, dass in den nächsten vier bis fünf Jahren noch mindestens 2,5-3 Millionen Wohnungen gebaut werden müssen. Dazu kommen ausserdem die Wohnungen, die für die Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone und für die Aussiedler noch zusätzlich erforderlich sind.

Angesichts dieser nun allgemein anerkannten Situation hält es die SPD nicht für vertretbar, dass die Mittel des Bundeshaushaltes für den sozialen Wohnungsbau schon in diesem Jahr und gesteigert in den

kommenden Jahren abgebaut werden. Die SPD geht davon aus, dass der weitere soziale Wohnungsbau ungleich schwieriger durchzuführen ist, als in den vergangenen Jahren, weil alle Kosten gestiegen sind und vor allem weil es um die Wohnversorgung der Bevölkerungskreise geht, die durch ein niedriges Einkommen wirtschaftlich besonders schlecht gestellt sind. Sie beantragt deshalb in ihrem Änderungsgesetz, diesen nach der Konzeption der Bundesregierung schon für 1958 bestimmten Abbau der öffentlichen Wohnungsmittel des Bundes bis zum Jahre 1962 hinauszuschieben und mit dem allmählichen Abbau erst von da an zu beginnen. Das entspricht genau der Zeit, innerhalb derer - auch nach Ansicht des Bundeswohnungsbauministers - noch mindestens drei Millionen Wohnungen gebaut werden müssen.

Einkommensgrenzen erhöhen!

Der zweite Punkt betrifft die Grenze des Einkommens, die bei den Bevölkerungskreisen mit besonders geringem Einkommen dafür massgebend ist, dass sie die besonderen Vergünstigungen im sozialen Wohnungsbau, z.B. billigere Mieten oder auch Mietbeihilfen, erhalten können. Liegt das Haushaltseinkommen über den im Gesetz festgelegten Grenzen, so werden beispielsweise keine Mietbeihilfen gewährt oder es müssen die wesentlich höheren Kostenmieten auch im sozialen Wohnungsbau aufgebracht werden. Dazu sind grosse Teile der Bevölkerung nicht in der Lage, namentlich da die Einkommensgrenzen diese Kreise im Zweiten WoBauG ausserordentlich niedrig^{er} gesetzt wurden. Im zweiten Bundestag hat es die Regierungskoalition noch abgesehen, die Einkommensgrenzen zu erhöhen. Beispielsweise liegt die Grenze für die besonderen Begünstigungen bei einer Familie ohne Kinder bei nur 300.-- DM, und zwar als Familieneinkommen, bei einem alleinstehenden Rentner oder einer alleinstehenden berufstätigen Frau bei nur 200.-- DM monatlich. Hat eine Familie ein Kind und geht das Haushaltseinkommen der Familie über 400.-- DM hinaus, so kann diese Familie z.B. keine Wohnung mit verbilligter Miete bekommen und auch keine Mietbeihilfe erhalten. Hier setzt der Antrag der SPD ein. Sie beantragt, die viel zu niedrig festgelegten Einkommensgrenzen um je 100.-- DM monatlich zu erhöhen, so dass die besonderen Vergünstigungen für diese Bevölkerungskreise z.B. künftig bei einer Familie ohne Kinder erst bei 399.-- DM aufhören, gegenüber bisher 299.-- DM, und bei einer Familie mit einem Kind bei 499.-- DM (bisher 399.-- DM).

Umstrittene Rangfolgebestimmungen

Der letzte Punkt betrifft die sehr unstrittenen und namentlich in der Praxis sehr schwer zu handhabenden Bestimmungen über die Rangfolgen, nach denen Wohnungsbauten mit öffentlichen Mitteln bevorzugt

unterstützt werden. Diese Rangfolgen nehmen keine Rücksicht auf die unterschiedlichen Verhältnisse in Stadt und Land oder darauf, dass der Wohnungsbedarf in den städtischen oder großstädtischen Gebieten besonders zusammengeballt ist. Die SPD schlägt hier nicht eine grundlegende Neugestaltung des Zweiten WoBauG vor, weil sie voraussichtlich damit auf erheblichen Widerstand stossen und dies auch viel zu lange dauern würde. Sie schlägt lediglich vor, die dem Bundeswohnungsbauminister schon jetzt im Gesetz gegebene Ermächtigung, die bislang nur für die drei Stadtstaaten gilt, im Einvernehmen mit den Ländern auf alle Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern und für Industriegebiete in dieser Grössenordnung auszuweiten.

Damit könnte der Bundeswohnungsbauminister von den jetzigen starren Bestimmungen über die Rangfolgen abweichen und nach den praktischen regionalen Bedürfnissen im Einvernehmen mit den Ländern und Gemeinden und nach den Unterschiedlichkeiten verfahren, die örtlich bestehen. Die Annahme dieses Gesetzesvorschlages würde sehr dazu beitragen, die Wohnungsbauförderung nach den dezentralen Bedürfnissen zu regeln, ohne an die Starrheit der Rangfolgebestimmungen gebunden zu sein.

Die SPD-Fraktion ist sich selbstverständlich darüber im klaren, dass es auch noch andere Bestimmungen des Zweiten WoBauG gibt, die Änderungsbedürftig sind. Sie hat sich jedoch absichtlich auf die drei vorstehenden Punkte beschränkt, weil diese besonders dringend sind und weil sie auch in der öffentlichen Kritik über das Zweite WoBauG allgemein anerkannt werden. So besteht die Erwartung, dass auch die anderen Fraktionen des Bundestages diesen drei Änderungen des Gesetzes beschleunigt zustimmen. Damit könnte das etwas starre Zweite WoBauG zunächst einmal in diesen Punkten für die praktische Durchführung in den Gemeinden aufgelockert werden.

Arabien auf dem Wege zur Einheit ?

H.E.D.- Innerhalb weniger Wochen scheint ein Traum, der seit 1916 die Herzen arabischer Politiker bewegt hat, seine zumindest teilweise politische Erfüllung gefunden zu haben. Der Zusammenschluss Ägyptens und Syriens zur "Vereinigten Arabischen Republik" und die Verschmelzung der Königreiche Irak und Jordanien in der "Arabischen Föderation" hat eine Entwicklung abgeschlossen, die mit dem Ausgang des ersten Weltkrieges begonnen hatte.

Oberst P.E. Lawrence, Archäologe und Mitglied des britischen Geheimdienstes, hatte in Zusammenarbeit mit Hussein Ibn Ali, dem Urgroßvater der beiden heutigen Könige Hussein und Faisal und einstmaligen Scherifen von Mekka, während des ersten Weltkrieges eine arabische Aufstandsbewegung gegen die türkische Herrschaft inszeniert, die, zur Zufriedenheit des britischen Außenministeriums, die osmanische Oberhoheit im arabischen Raum liquidierte. Jedoch der Sieg der Westmächte brachte dem Beduinen Hussein nicht die Früchte ein, die er sich erhofft hatte. An die Stelle eines gross arabischen Reiches mit der Hauptstadt Damaskus traten eine Reihe kleinerer Staaten, die unter französischen (Syrien) oder englischen (Transjordanien, Irak) Mandat standen. Hussein, den man mit der Herrschaft über den Landstrich Hedschas (mit den Städten Mekka und Medine) "abgefunden" hatte, wurde wenige Jahre später von dem Wahabiten-Häuptling Ibn Saud vertrieben. Es nimmt nicht Wunder, dass keine der damaligen Grossmächte bestrebt war, ein politisches Gebilde entstehen zu lassen, das geographisch und politisch die arabische Halbinsel repräsentieren konnte.

Die Ablösung der Kolonialmächte nach dem zweiten Weltkrieg und das allmähliche Hineinwachsen ehemaliger Mandatsgebiete in eine staatliche Souveränität setzte nationale und soziale Entwicklungen frei, die zur Zeit den arabischen Raum erfüllen und deren endgültige Formen noch keineswegs feststehen. Mit Fug und Recht darf darum gesagt werden, dass die aktuellen Zusammenschlüsse weder historisch den ehemaligen politischen Konzeptionen eines Grossarabiens entsprechen noch dass sie den Anspruch auf eine geistige Kontinuität erheben können. Nicht einmal ist bewiesen, dass sie den echten Bedürfnissen der arabischen Bevölkerung nach einer staatlichen und sozialen Einheit nachkommen werden.

Es hat natürlich nach der Proklamation der Vereinigten Arabischen Republik nicht an Versuchen gefehlt, die "geschichtliche Zwangsläufigkeit" dieses Geschehens nachzuweisen. Jene Versuche, die hauptsächlich in der Kairoer Presse fröhliche Urständ feierten, sind reine Zweckpropaganda.

Man es ist kein Geheimnis, dass grosse Teile des syrischen Volkes, weitausweise der Intelligenz und beachtliche Gruppen der Armee der zukünftigen Einheitsstaat mit starken Misstrauen gegenüberstehen.

Nicht nur die Umwandlung Syriens in eine ägyptische Provinz und der damit ausgedrückte Verzicht auf die Errichtung eines Gross-Syriens (unter Einschluss Jordaniens und des Irak) musste den eigenständigen Patriotismus, der älter ist als die Errichtung des syrischen Staates, verletzen, sondern auch die Abschaffung einer zumindest halb-demokratischen Regierungsform mit einem sehr intensiven Parteileben, wie es kein anderes Land des Nahen Ostens kannte, lässt den aufgeschlossenen Teil der syrischen Intellektuellen sehr kühl gegenüber der Einheit werden. Wie aus zuverlässigen Quellen aus Damaskus verlautet, begehen sich neben den Mitgliedern der syrischen KP auch viele Anhänger der 'Baath'-Partei im Untergrund. Man hat im ganzen Lande den Eindruck, als habe die allarabische Sache in Kassaer nicht den Fürsprecher gefunden, den man sich einst erhofft hatte. Mit Recht, denn Ägypten ist nicht Arabien, und schon gar nicht einmal der Anwalt eines gross-syrischen Reiches. Wie erst jetzt durchsickert, hat Syriens Ministerpräsident Kuwatli sehr grosse Schwierigkeiten in eigenen Kabinett gehabt. Dabei hat aber jene, besonders im Westen vielzitierte Meinung, Syrien flüchte sich aus Furcht vor einem kommunistischen Putsch in die Arme des grossen Bruders am Nil, nicht die grosse Rolle gespielt. Vielmehr war es das Bestreben, die Gruppe um Kuwatli vor einem Aufstand anti-ägyptischer, aber allarabisch eingestellter Offiziere und Intellektueller zu schützen. Also Gross-Ägypten contra All-Arabien!

Der Zusammenschluss der beiden Königreiche Irak und Jordanien war nicht nur eine Reaktion der arabischen "Monarchien" auf die arabischen "Republikaner". Vielmehr konnte man in ihr den Versuch erblicken, wenigstens eine Art "klein-arabische" Lösung, begründet auf der gemeinsamen haschemitischen Herkunft, zu erzielen. Es besteht natürlich kein Zweifel, dass auch in Irak wie in Jordanien die Freude über die Vereinigung zum grossen Teile nur in den Kommuniqués zu finden ist. Mit Recht befürchtet König Faisal, die Übernahme von 7 Millionen Palästina-Flüchtlingen könne auch im Irak das Anwachsen einer ägyptischen Irredenta fördern. Diese Furcht ist nicht unberechtigt, wenn man weiss, dass hinter allen Revolten der letzten Zeit in Aram diese Bevölkerungsgruppe stand. Beduine contra verstädterten Araber, so lautet hier die innenpolitische Frontstellung.

Die Frage, ob nicht König Ibn Saud der neuen Föderation beitreten werde, lässt sich schwer beantworten, will man nicht in uferlosen Spekulationen schwelgen. Er fürchtet Ägypten und Kassaer, liebt aber keineswegs die Abkömmlinge des Mannes, den sein Vater einst vertrieb. Orientalische Politik ist auch heute noch ein Stück Familienpolitik. Die arabische Einheit aber dürfte noch in weiter Ferne liegen.

Ausdruck des schlechten Gewissens

sp- "Hoppla, jetzt komm ich!" - müsste man den Versuch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, entsprechend einem früher von Hans Albers gesungenem Schlager kommentieren, wenn die grossartig angekündigte Initiative der Kanzlerpartei zur Aufrollung der aussenpolitischen Probleme in einer erneuten Bundestagsdebatte nicht ein so bezeichnendes Licht auf die jämmerlichen Methoden der stärksten Regierungspartei werfen würde.

Die sogenannte Grosse Anfrage der CDU/CSU, in der diese von der Regierung angeblich wissen will, wie die aussenpolitische Linie Adenauers und Brentanos aussieht, ist nämlich nichts anderes, als der Ausdruck des schlechten Gewissens einer Partei, die bisher nur brav nachgebetet hat, was ihr der Bundeskanzler vorpredigte. Seit jener denkwürdigen aussenpolitischen Debatte in der Nacht vom 23. zum 24. Januar spürt die CDU sehr wohl, wie sehr sie in der öffentlichen Meinung ins Hintertreffen geraten ist. Diese Partei sieht ihre fruchtlose Politik demaskiert und sucht nun verzweifelt einen Ausweg aus dem Dilemma, in das sie sich selbst mit samt ihrem Bundeskanzler hineinmanövriert hat.

Den Ausweg glaubt sie gefunden zu haben, indem sie so tut, als wüsste sie nicht, welche Aussenpolitik die von ihr gestellte Regierung zu entwickeln gedenkt. Der Grad der Verwirrung in der Kanzlerpartei muss schon beträchtlich sein, wenn man dort auf solche Taschenspielertricks verfällt. Wie oft hat doch gerade die CDU in Geschäftsordnungsdebatten und in offener parlamentarischer Feldschlacht mit ihrer Mehrheit die Anträge der Opposition niedergewalzt, die zum Ziele hatten, gerade das von der Regierung zu erfahren, was die CDU jetzt durch ihre Grosse Anfrage angeblich wissen möchte.

Ironisierend meinte am Freitag ein CDU-Abgeordneter, als er von Journalisten nach der Bedeutung der in Aussicht gestellten Grossen Anfrage gefragt wurde: "Ja, haben Sie denn noch nicht gewusst, dass unsere Fraktion noch nie im Bilde darüber war, wohin der Alte eigentlich marschiert? Seien Sie doch froh, dass wir ihn auch endlich einmal fragen."

Vielleicht hat der gute Mann recht. Die CDU soll ruhig ihren Kanzler und Aussenminister fragen, wie die beiden sich zum Beispiel eine aktive deutsche Wiedervereinigungspolitik vorstellen. Die Opposition ist für diese Stunde wohl gerüstet.

Verzweifelter SED-Kampf gegen Ulbrichts Gegner

E.Z. - Berlin

Wenn bisher die SED-Leitung in Pankow bemüht war, den Eindruck zu erwecken, als ob es sich bei der Rebellion der "fraktionellen Gruppe Schirdewan-Wollweber" gegen die Ulbricht-Politik um eine, wenn auch umfangreiche Einzelercheinung in hohen Funktionärskreisen handelte, so muss jetzt das Eingeständnis gemacht werden, dass sich die Front gegen Ulbricht bis weit in die Parteiorganisationen der Grossbetriebe, wissenschaftlichen Institute usw. herab ausgebreitet hat. In den Entschliessungen, die die Bezirksleitungen der SED und Bezirksparteiaktive nach dem 35. Plenum fassen, kommt mehr oder weniger offen die Furcht zum Ausdruck, dass das Vorgehen der anti-Ulbricht-Opposition in der Führungsspitze der Partei in der gesamten SED-Organisation die Gegnerschaft gegen die Generallinie verstärken, ja sogar direkt aktivieren muss.

Als jetzt das SED-Zentralorgan das Geheimnis lüftete, dass auch der stellvertretende Ministerpräsident Selbmann zu den Gegnern Ulbrichts gehört und dass er zusammen mit Ziller an der Rebellion auf der im Politbüro-Übersicht erwiderten Tagung der Wisaut-Organisation teilgenommen hat - Selbmann ist unterdessen von seinem Regierungsposten abgelöst und mit der untergeordneten Funktion eines Abteilungsleiters für Materialversorgung in der Plankommission betraut worden - zeigte sich, mit welchen infamen Diffamierungsmethoden Ulbricht die sachlich bedingte Opposition seiner Gegner herabzusetzen versucht. Der Ulbricht-treue Sepp Wenig, gleichzeitig NK-Mitglied, beschuldigte Selbmann, er habe die wirtschaftlichen Leistungen der Arbeiterschaft herabgesetzt, indem er alle bisherigen Erfolge als das ausschliesslich eigene Verdienst und das seiner "Industriemanager" hingestellt habe.

Noch deutlicher mussten die Bezirksleitungen Potsdam und Cottbus die Ausbreitung der Schirdewan-Wollweber-Front zugeben. Der Cottbusser Ulbricht-Statthalter Stief teilte mit, "negative und feindliche Elemente" hätten im Drahtwerk Finsterwalde die Lage zu "Störungen im Produktionsablauf" ausgenutzt, so dass es nach der Erhöhung der Normen zu einem Streik gekommen sei. Auch im Braunkohlengbiet von Welzow hätten SED-Mitglieder "offen parteifeindliche Meinungen" vertreten und der Hauptträger dieser "opportunistischen" Kreise wäre sogar zum Parteisekretär gewählt worden.

Der Potsdamer Bezirkssekretär Seibt musste in seinem Eingeständnis der Schwäche der Partei noch weitergehen. Wenn es in der wirtschaftlichen Entwicklung Schwierigkeiten gebe, dann "bekämen die Funktionäre und Parteimitglieder gleich einen Schreck und redeten vom 17. Juni 1953". Das Vorhandensein "opportunistischer und revisionistischer Auffassungen" in der Partei im Bezirk Potsdam musste auf der ganzen Linie eingestanden werden. Als besondere Bollwerke wurden zum Beispiel genannt: Die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht" in Potsdam, wo im philosophischen Institut von Parteimitgliedern die Meinung vertreten worden sei, "die Bewusstseinsbildung der Genossen müsse frei und selbständig möglichst ohne Einfluss der Partei" vor sich gehen. Die gleichen Anklagen brachte Seibt auch gegen die pädagogische Hochschule in Potsdam vor. Auf einer Gewerkschaftsversammlung in Brandenburg seien von FDGB-Sprechern sogar die Verhältnisse in der Bundesrepublik verherrlicht worden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel